

Haus-Patent-Haus
(D. R.-G.-M.-Bch. Nr. 9071.)
Das
Meiste
Meiste-Linen
ist das
Saxonia-
Lineal
von
Hoffmeyer & Käyser
Bremen.
Verkaufs-Preise: Gross
15, Mittel 10, Klein 5 Pt.
Sie haben in allen Papier-
und Schreibwarenhändlern.
Eckentwurf d. Plakate.

Dresdner Nachrichten

Dr. Kadner's Sanatorium.

Niederrößnitz b. Dresden.
für Magen- und Nervenleiden, Blutarmuth,
Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsschmerzen.

37. Jahrgang.
Ausfl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

Wilh. Böhme,
Scheffelstr. 6.
Größtes Lager
statisch
Neuheiten
Anzug- u. Hosen-
Stoffen.
Beste Qualitäten.
Billigste Preise.

Neuheiten

in eleganten deutschen und englischen

Anzugs- u. Ueberzieher-Stoffen

empfohlen in grossartiger Auswahl billige

C. H. Hesse, Marienstr. 20

(Drei Räume).

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Photographie-Alben

Schreibmappen
Damentaschen, Reisetaschen, Reiss-Necessaires etc.
aufdruckt in großem Ausmaß

Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3

Hervorragende Neuheiten: Tapisserie-Veloutée, Yalta-Arbeiten, C. Hesse, Kgl. Altmarkt.

Nr. 338. Spiegel: Einladung im Reichstage. Hofnachrichten, Kunst Kaiser Wilhelms, Landesmuseum, Stadtverordnetenwohnen, Stadtverordneten, Sonnabend, 3. Decbr.

Politisches.

Die Staatsberatung im deutschen Reichstag ist auch am zweiten Tage in der Hauptstadt eine ziemlich eingehende Besprechung der Alles-überhauptenden Militärvorlage gewesen. Nur der lebensfülle Redner Dr. v. Freye machte hier von einer Ausnahme, indem er den Hauptgedanken auf die finanziellen Dinge setzte. Er hatte in gewissem Sinne Recht damit. Denn in wenigen Wochen wird in obigen der Reichstag in der Haare sein, hochgemachte Fortsetzung über den neuen Heeresbeschaffungsplan anzustellen. Aber die Einleitungssrede des Reichstagspräsidenten verlangte eine Erwideration: kein Wunder also, daß sie das Reitthema bildete.

Eine politisch große Rede ist nicht gehalten worden. An rhetorischer Kraft und dialektischer Gewandtheit standen die Ausführungen des Abg. Richter am höchsten. Seine Worte wirkten einen großen Eindruck machen, wenn sie nicht aus dem Mund eines Mannes läufen, der die Opposition als Sotter treibt. Von den anderen Parteien ist kein Redner vorgedrungen, der mit seinen Leistungen Aufmerksamkeit erregt hätte. Vieles ist kein Mann, der der alten sozialistischen Prie neue Töne entlocken konnte, und Dr. Buhl der Bützener Weinberghersteller, hat nicht das Temperament, um mit scharfem Schrift an den Fersen der gegenwärtigen Situation vorzudringen. Nach dem manniagischen Ereignissen des Sommers, nachdem vor Allem die politisch so hochbedeutende Reise des Fürsten Bismarck im Volle einer Fülle von widerstreitenden Empfindungen wogegeraten, batte man Anderes, batte man vor Allem ein erlösendes Wort erwartet. Es ist nicht ausgeprochen worden: der große Moment fand nur ein schwaches Gesicht. Der glaubte der freikonservative Redner, Dr. von Kadner, tatsächlich, daß die Nation nur deshalb mit schwächlichen Augen auf den lagenden Reichstag blickt, um schließlich als Sotter aller Weisheit zu verschwinden, daß die Goldwährung schuf sei an der Wahl in zweiter Amtswoche? Sieden im großen politischen Sill sind bei uns nur in sehr vereinzelten Fällen möglich, gerade die Einschätzung bietet solche Gelegenheit: Sie ist nicht benötigt worden.

Man wird auf die einzeln in nationalen Verhältnissen tragen ihres Mangels an großen Geschäftspunkten einzugehen haben, weil sie doch ungetreut das Bild entrollen, auf dem die stünke Stellung der Parteien sichtbar wird. Der nationalliberale Redner Dr. Buhl verlangte für sich und seine Partei das Recht der jahrgangslichen Prüfung der neuen Militärpläne. Nach den vorläufigen Neuerungen des Kaisers habe sein Dienst in weitgehende Änderungen erwartet; namentlich die Art, wie die einzelnen im Laufe des Sommers erlangt wurden, habe heftige Wirkungsmasse erzeugt. Gerade die Nationalliberalen seien nichts für alle Forderungen, die zur Sicherung unseres Vaterlandes nötig waren, mit lebhafter Begeisterung eingetreten; allerdings seien ihnen die leidherigen Bevölkerungen dadurch erheblich erleichtert worden, daß sie unbedingt 5 Vertrame zu der Zeitung unserer auswärtigen Politik geboten hätten und überzeugt waren, daß die europäische Lage stets langjährig überwacht werde. Anderer hatten sich allerdings auch gewünscht, daß alle militärischen Forderungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit aus dem Sotterlager erwartet würden. An diesen herabsetzen, gegen den Reichstag gerichtet, stellte Dr. Buhl die Bezeichnung, der Vorlage nicht eine prinzipielle Opposition bereiten zu wollen, er und seine Freunde würden von sozialen Geschäftspunkten absehen, auch bei einer theilweisen Bevölkerung des Verlangens würden sie damit keinerlei Widerstandsvotum noch das Gegenteil beabsichtigen. Am ehrwürdigsten Dienst, so erklärte seiner Dr. Buhl, würde er mit den Sinnen ganz entschieden eingetreten, auch eine Entlastung der älteren Abteilungen halte er für wünschenswert. Aber anderseits könnte es nur die schwache Bevölkerung über die Art und Weise entscheiden, wie momentan im Will-Wochenblatt die Angriffe gegen die Landeswehr geführt worden seien. Schwere Verhüllungen gegenüber den neuen Plänen seien nicht zu unterdrücken: so ist bei einer Verhüllung der Qualität des Offiziers- und vor Allem des Unteroffizierswurfs vorwärts. Beim rostkar wurde sich Dr. Buhl darüber gegen die allzuzeitige Monarchiebefreiung unterer Armeo an der Columbusfeier in Spanien sehr gut nicht, in Städten mit einem kleinen Schiffe vertreten gewesen. Das habe beide Nationen dort verstimmt. Er forderte schließlich, obwohl er die Bevölkerung unserer Finanzen noch mit einem Optimismus erhofft, eine solide Gehaltung unserer Geldwirtschaft. Noch einmal jedoch kam er auf das einseitige Thema zurück, um die Bevölkerung zu machen, daß die Durchführung der Regierungsaufgabe auf unübersehbare Hindernisse stoßen wird. Und das Sotter ist richtig. Denn vielleicht mag der Reichstag zustimmen, daß Volk sicherlich nicht. Das dürfte so ziemlich in allen Städten mit dem von uns vertretenen Standpunkt einverstanden sein, das wohl Alles, was für unsere Wehrhaftigkeit notwendig ist, gethan werden soll, doch aber auch der volle Nachweis einer solchen Notwendigkeit erbracht werden muss, daß die Regierungen nur schätzweise, nicht im Gartier durchzuführen sich und daß vor Allem die wirtschaftlichen Interessen schwer und genau abzumachen sind. Die Durchführung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht wird Niemand mit guten Gründen befürchten können, wohl aber die plötzliche Durchführung derselben zu einer Zeit, wo nach der Ankunft der berüchtigten Männer eine soziale Durchbildung der stark vermehrten Mannschaften in gut wie ausgeschlossen ist. Und das die Qualität wichtiger ist als die Quantität, das der Sotter über die Masse liegt, das haben uns schon Marstrand und Blaue gelehrt.

Dr. Liebknecht, der Redner vor Sozialdemokratie, hat im Laufe des Jahres immer mehr die Fähigkeit verloren, das Interesse seiner Freunde wachzuhalten. Wenn er wirklich möchte, darf Wiederholung in den Nebenräumen. Nebenbei heißt er nicht im Bereichen jedes Raumes, das den Reden seiner Fraktionsgenossen Auer und Rebek innerhalb einige Ausrichtung verleiht. Er ist längstlos. Seine Ausführungen zur neuen Militärvorlage gaben in dem Wunsche, daß wir selbst unter die einjährige Dienstzeit noch herabgesenkt und statt der Soldaten und Waffen zulassen, sie fanden andererseits ihren höchsten Triumph in dem Verlangen nach Abschaffung. Deutschland sollte schon jetzt damit vorbereitet werden, daß wir für den konseriativen Redner v. Freye nicht gerade schwer, die plötzlichen Gedanken Liebknecht's in ihrer ganzen Absurdität zu kennzeichnen. Wir haben unter Volk, die Söhne, Brüder und Väter unseres Landes zu lieb, um sie als Volksmiliz den verfeindeten Waffen der Feinde gegenüber zu stellen. Dazu steht uns das Leben des einzelnen Mannes viel zu hoch. Und der Herr Dr. Liebknecht würde als sozialdemokratischer Redner der genannten Träume des Jahrhunderts froh, wenn er diese Militärpläne den verfeindeten Waffen unserer Feinde gegenüberstellen. Kann man solgenden die utopischen Ansichten der Sozialdemokraten urwidern? Im Nebenraum helle Dr. v. Freye die Ansichten der Konseriativen darin fest: Mit allem patriotischen Ernst, unabdinglich von jeder Lieb戴erheit nach rechts oben nach links werden wir nach diesem Willen und Gewissen diese Vorlage prüfen und uns dann zu einem Votum entschließen, eingedenkt der alten Tradition, welche die konseriative Partei in

Bezügen wie in ganz Deutschland nichts gehabt hat, daß die Militärangegangen die Lebenslinie des Staates bilden und daß wir uns hier nicht von vorübergehenden Stimmungen, sondern nur von der elementar nachgewiesenen Linie der Nation leiten lassen dürfen. Aber auch Dr. v. Freye redete schärfer die Art und Weise, in der bislang die Vorlage namentlich in der öffentlichen Presse vertreten wurde. Schwere Arbeit werde es vor Allem bedeuten, um die Vermittlung und das Gefühl ungetreut getroffen zu werden zu sein, gerade aus den patriotischen Kreisen zu verbannen. Schärfer kostet verlangt auch Dr. v. Freye gegenüber der Forderungen für die Marine und für luxuriöse Bauten. Den schwächeren Theil seiner Rede bildeten die Ausführungen über die Bauarbeiter; immerhin trat er hier infolge des Rechts, als er den Kleinbetrieb im Baugewerbe als notwendig bezeichnete und eine stärkere Organisationsform des Großbetriebes empfahl. Aber noch ein Punkt aus seiner Rede ist hervorgehoben, ein Punkt, der mir nicht eben genug bedeutend werden kann. Dr. v. Freye erklärte: Es ist leichter ein unabhängiger Zustand, wenn wir auf der einen Seite von unserem Volke die höchste Anspannung der Kräfte verlaufen zum Schutz gegen unsere Nachbarn, ganz besonders gegen unsere gefährliche Nachbarschaft, und wenn gleichzeitig zunehmende Anteile auf dem Berliner Markt erhalten und dem Publikum annehmbar gemacht werden durch die schönen Produkte, so daß unsere nicht unterdrückten Mitbürger in die Gefahr kommen, aus der eigenen Tasche zu nehmen, um unsere gefährlichen Gegner zu stützen. Ich muß sagen, daß es unpatriotisch von Seiten der hauptsächlichen Deutschen ist, bei der gegenwärtigen Lage russische Anteile zu beschützen; sie sollte wahrschau die Regierung nicht in die üble Lage bringen, dies verhindern zu müssen. Das kann zu den entsetzlichen internationalem Verhältnissen führen. Sie sollte sofort Selbstbehauptung haben, überhaupt russische Anteile in Deutschland nicht eher aufzulegen, als sie unice Verbündete mit unseren östlichen Nachbarn wieder ganz andere geworden sind, als sie es gegenwärtig sind. Es bedarf keines Zuwinkes, damit das Publikum aus diesen beherzigenswerten Worten seine Lehren ziehe.

Li.

Reichstags- und Fernpreß-Berichte vom 2. December.

Berlin. Reichstag. Antrede auf Erstellung der Strafverfahren gegen die Reichstagsabgeordneten Greif und Schmidt (Soz.), sowie Werner (Antl.) wurden abwehrend angenommen. Die erste Verhandlung des Reichsgerichtshofstaats wird fortgesetzt. — Abg. v. Koschek (Pole): Er vertrete mit seinen Freunden die ähnlichen Interessen und die deutsche Bevölkerung, deshalb müsse strenge Sparmaßnahmen ihre Richtigkeit sein, insbesondere auch gegenüber den militärischen Forderungen wie denen der Marine. Sie verstehen nicht die Bedeutung der Militärvorlage und sie bräuchten noch wie vor der Marine rege Interesse entzogen. Er protestiert jedoch gegen die vorjährige Behauptung des Fürsten Bismarck, die Polen wollten einen Krieg zur Zerstörung Preußens, sowie gegen die von einem Leipzig's Reporter übermittelte Behauptung Bismarck's, die Polen streichen den Krieg zur Bevölkerung Russlands. Abwehren davon, daß die Polen in der Heranziehung eines Kaisers und seiner Freunde einen Zweck erblicken, kommt doch in Betracht, daß ein Krieg mit Russland für die Polen ein Verteidigungskrieg sein würde. Er bitte, die Polen doch so zu nehmen, wie sie sich selbst geben. — Abg. Daunmann (Sp.) nimmt die heutige auswärtige Politik in Schutz. Die Polen werde sehr förmlich und in conciliatorischen Formen als früher gelebt. Leider werde die Volksvertretung nur über die Vereinigungen mit ostasiatischen Hauptstädten, nicht aber über die mit den europäischen Hauptstädten durch Bevölkerung informiert. Redner befürwortet dann die Kolonialpolitik und das neue Auswanderungsgesetz, dann die Kolonialpolitik und das neue Auswanderungsgesetz, dann die Kolonialpolitik und das neue Auswanderungsgesetz, sollte man den Autenthalt im Lande angemessen machen. Wenn die Regierung einfach die dreihundrige Dienstzeit und die dadurch bedingte Erhöhung der Fleidensanzahl vorgestellt hätten, würde sie eine vollständige Vorlage gemacht und im Interesse der Sicherung des Friedens ein glänzendes Beispiel gegeben haben. Bei den jungen Volksschulabschließenden Laienfordernungen wie die in der Militärvorlage gestellten zu gewähren, würde unverantwortlich sein. Der Reichstagsler habe gesagt, die Militärkorpsverordnung werde im Schoß der Militärverwaltung erwogen; er fürchtet, daß dieser Schoß unfruchtbare Früchte bringen werde. Der Reichstagsler habe den Freiheitlingen eine Liste ihrer negativen Abstimmungen vorbehalten, eben das letzte Wort über die Politik der letzten 20 Jahre sei noch nicht gesprochen, und die bestätigen Steigerungen unserer Wehrkraften hätten auch unsere Nachbarn zu solgenden Steigerungen veranlaßt, sodass ein Ende nicht zu erwarten ist. Werde die Militärvorlage angenommen, so werde sich der Unmut der Bevölkerung auf's Höchste steigern. Er schlägt mit der Hoffnung, daß im 2. Jahrhundert nicht mehr mit denselben politischen Mitteln wie regiert werden als heute. (Beifall Antl.) — Reichstagsler Graf Caprivi verabschiedet einer Anerkennung Daunmann's gegenüber, er habe auch diese Militärvorlage auf ihre Wirkung gegenüber der Sozialdemokratie angedacht. Indem die Sotter sich in der Aufführung des Wehrpflichts-Aller vor dem Gesetz unter gleichmäßiger Bezeichnung der Polen bewegt, ist sie wohl dazu angekommen, der Sozialdemokratie gegenüber die volkstümliche Vorlage gemacht und im Interesse der Sicherung des Friedens ein glänzendes Beispiel gegeben haben. Bei den jungen Volksschulabschließenden Laienfordernungen wie die in der Militärvorlage gestellten zu gewähren, würde unverantwortlich sein. Der Reichstagsler habe gesagt, die Militärkorpsverordnung werde im Schoß der Militärverwaltung erwogen; er fürchtet, daß dieser Schoß unfruchtbare Früchte bringen werde. Der Reichstagsler habe den Freiheitlingen eine Liste ihrer negativen Abstimmungen vorbehalten, eben das letzte Wort über die Politik der letzten 20 Jahre sei noch nicht gesprochen, und die bestätigen Steigerungen unserer Wehrkraften hätten auch unsere Nachbarn zu solgenden Steigerungen veranlaßt, sodass ein Ende nicht zu erwarten ist. Werde die Militärvorlage angenommen, so werde sich der Unmut der Bevölkerung auf's Höchste steigern. Er schlägt mit der Hoffnung, daß im 2. Jahrhundert nicht mehr mit denselben politischen Mitteln wie regiert werden als heute. — Reichstagsamt: Im Namen der Bevölkerung muß ich erklären, daß es mir scheint, als wenn man den Hof zum Bergärtner einziehe, wenn man den Oberleutnant Greif in dieser seiner eigenen Sache forschte läßt. — Bismarck: Es wird gemeldet, daß die Armee bis auf den letzten Mann sofort eingezogen; die älteren und verhinderbaren Leute würden sicher nicht zu Hause gelassen. Will der Reichstagsler den Reichstag aufstellen, nur wohl, will der Herr Graf ein Tanzfest wagen, wir sind bereit! — Abg. v. Freye hat die sozialdemokratische Partei als eine Partei von grünen Jungen bezeichnet. Diese Partei hat aber bei den letzten Wahlen die größte Stimmenzahl aus der verfeindeten. Die grünen Jungen sollen Greif v. Greif noch an's Wein laufen. Dr. v. Freye konnte es nicht lassen, die Sotter mit heranziehen. Wir wissen ja, daß die Dreieinigkeit Thron, Altar und Sessel ist. (Entzückt, lachendes Gelächter redet.) — Präsident: Greif führt fort: Der Abwehrmarsch auf dem Lande ist die Folge der schlechten Bevölkerung und der schlechten Behandlung der landlichen Arbeiters besonders im Oste. Das ganze heutige Wehrheitsystem geht einem unvermeidlichen Untergang zu. Den allgemeinen Klaudiusdorff entgegen. — Die Verhandlung wird geschlossen und der Rat in seinen Hauptpunkten dem Budget-Kommission überreicht. Morgen Novelle zum Ausbildungsgesetz und so weiter.

Berlin. Bismarck Aufwärts. Der heutige verhandelte Anklagepunkt betrifft die Bezeichnung des Bischöfchenmachers. Als der Oberleutnant Kühne im Auslage über das Antragen der Befreiung anforderte, erklärte Reichsamt Bismarck: Im Namen der Bevölkerung muß ich erklären, daß es mir scheint, als wenn man den Hof zum Bergärtner einziehe, wenn man den Oberleutnant Greif in dieser seiner eigenen Sache forschte läßt. — Bismarck wurde indes verdächtigt. Der Präsident fragt dann, ob der Kühne wurde indes verdächtigt. Der Präsident fragt dann, ob der Staatsanwalt und der Angeklagte noch auf Vernehmung der Zeugen kommen, welche über die Allianz israelitische auszusagen haben. — Staatsanwalt: Durch die Verhandlungen ist genügend festgestellt, daß die Direktoren Greif und Kühn keinen Auftrag von der Allianz erhalten haben, für die Armee schlechte Gewerke zu liefern; damit ist für mich das Interesse an der Allianz erledigt, und ich verzage auf Vernehmung dieser Zeugen. — Reichsamt Bismarck: Für mich hat die Bezeichnung der Zeugen kein Interesse, denn es ist ja selbstverständlich, daß die Zeugen, die einer geheimen, gegen den Staat sichtbaren Allianz angehören, nicht Dassjenigen auszusagen werden, woran es hier ankommt. Der Angeklagte soll angeblichlich auf die Bezeichnung dieser Zeugen verzichten, behält sich aber bezügliche Anteile vor. — Reichsamt Bismarck: Nachdem, was ich seien von dem Angeklagten gehört habe, kann ich auf die Bezeichnung dieser Zeugen nicht verzichten. — Der Gerichtshof beschließt, die Herren Dr. Neumann und Dr. Lazarus zu morgen um 10 Uhr zu laden.

Berlin. Bismarck Aufwärts. Der heutige verhandelte Anklagepunkt betrifft die Bezeichnung des Bischöfchenmachers. Als der Oberleutnant Kühne im Auslage über das Antragen der Befreiung anforderte, erklärte Reichsamt Bismarck: Im Namen der Bevölkerung muß ich angeben, welche über die Allianz israelitische auszusagen haben.

Berlin. Der Reichsanziger berichtet: Durch die Zeitungen geht eine Nachricht, wonach der Kaiser den Oberpräsidenten Staatsminister v. Puttkamer in lebhaftem Bett in Audienz empfangen habe. Diese Nachricht ist unbegründet. Es verlässt somit alle daran geäußerten Gerüchte.

Eicken. Der heutige vor der bishügigen Strafkammer erstandene Termin in Sachen der Eisenbahndirection Köln zwischen dem 15. Februar verdeckt werden.

Berlin. Der Reichsanziger berichtet: Durch die Zeitungen geht eine Nachricht, wonach der Kaiser den Oberpräsidenten Staatsminister v. Puttkamer in lebhaftem Bett in Audienz empfangen habe. Diese Nachricht ist unbegründet. Es verlässt somit alle daran geäußerten Gerüchte.

Eicken. Der heutige vor der bishügigen Strafkammer erstandene Termin in Sachen der Eisenbahndirection Köln zwischen dem 15. Februar verdeckt werden.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab. Dagegen stimmen die preußischen Deputierten.

Berlin. Der Abgeordnetenkongress lehnt mit 167 gegen 113 Stimmen den Dispositionsvorschlag ab.